

Organisationspolitik als Zukunftschance – Stiefkind oder Herzstück der Partei?

Referat von Helga Ziemann im Herbert-Wehner-Bildungswerk, Dresden, am 4. Mai 2006

Einleitung

Was ist Organisationspolitik? Was versteht man darunter, und warum nahm so eine politische Persönlichkeit wie Herbert Wehner die Aufgabe an, die Verantwortung für die Organisation der SPD zu übernehmen?

Den Grund nannte Herbert Wehner selbst: **„Organisationsprobleme, politisch verstanden und dargestellt gehören zu den Kernproblemen des Ringens um den sozialen Charakter unseres demokratischen Staates, des politischen Kampfes um die Anwendung der Macht im Staate für die Demokratisierung unserer Gesellschaftsordnung.“**

Die SPD als die älteste der demokratischen Parteien hatte bereits auf ihrem Parteitag in Eisenach die Bedeutung der Organisation erkannt und beschlossen „(...) gibt sich die Sozialdemokratische Arbeiterpartei eine einheitliche Organisation, welche es aber auch jedem einzelnen ermöglicht, seinen Einfluß für das Wohl der Gesamtheit geltend zu machen (...)“. Das ist faszinierend: Eine Organisation, die es jedem (in der Arbeiterklasse) ermöglichen soll, zum Wohle des Ganzen seinen Einfluss geltend zu machen! Nun sind wir heute nicht mehr so eine Klassengesellschaft wie damals. Die Lebensgewohnheiten sind anders, aber es heißt doch im Klartext, dass jedes Mitglied oder jeder Sympathisant der SPD die Möglichkeiten der Einwirkung und der Mitwirkung „auf das Ganze“ haben soll. Das zu organisieren ist keine leichte Aufgabe. Aber das ist Organisationspolitik.

Zu Zeiten Friedrich Eberts hatte die SPD bereits 1 Million Mitglieder und war in vielen Freizeitorganisationen – sogenannten Vorfeldorganisationen – verankert, wie z.B. im ASB, Falken, Schrebergartenvereinen, AWO u.a. Selbstverständlich war die Verbindung und gleichzeitige Mitgliedschaft in der SPD und einer Gewerkschaft. Das war wie eine große Familie, eine organisierte sozialdemokratische Gegenwelt zur bürgerlichen Gesellschaft. Bei der Organisation von Wahlkämpfen oder Veranstaltungen wussten die Verantwortlichen, wer dort organisiert war oder da wohnte, der war Sozialdemokrat.

Die Lebensform hatte natürlich auch einen ganz entscheidenden Nachteil: man blieb immer unter sich. Durch die Abschottung in die eigene Gesellschaftsklasse wurden oft die Anzeichen der nationalen konservativen Entwicklung nicht rechtzeitig wahrgenommen. Auch deshalb plädierte in der Nachkriegszeit Herbert Wehner immer wieder dafür, dass Sozialdemokraten in der gesamten Bevölkerung verankert sein sollten.

„Geht in die Vereine, in die Kirche, dorthin, wo die Menschen sind“, war die Aufforderung von Herbert Wehner: **„Ein Sozialdemokrat, der einen Vorstandsposten in einem Sportverein, im Mieterbund oder bei der Feuerwehr hat, kann oft mehr Politik für uns machen, als wenn er nur im Ortsvereinsvorstand oder Gemeinderat sitzt. Nur darf man dann auch keine Vorwürfe machen, wenn er nicht bei jeder Vorstandssitzung und bei jedem Kungelkreis dabei sein kann. Vielmehr sollte die Partei diese Kontakte und die Erfahrungen nutzen.“**

Konzepte des Parteivorstandes

Was aber kann ein stellvertretender Vorsitzender, dem die Organisation zu leiten aufgegeben war, von der Zentrale aus leisten?

Herbert Wehner war bis zur Installierung des ersten Bundesgeschäftsführers (Hans-Jürgen Wischniewski) im Parteivorstand (PV) der Hauptverantwortliche für die Organisation auf allen Ebenen, vom Erich-Ollenhauer-Haus (EOH) bis zum Ortsverein. Wie gewichtig dieses Position war, kann man daraus ersehen, dass es Mitte der sechziger Jahre nur zwei

Abteilungen neben der Pressestelle und den Vorstandsbüros im EOH gab: Finanzen/Personal und Organisation/Öffentlichkeitsarbeit. Herbert Wehner und Alfred Nau waren die Vertreter dieser Abteilungen im PV. Der Abteilungsleiter Organisation war gleichzeitig Persönlicher Referent von Herbert Wehner. Die Parteiorganisation, die Arbeitsgemeinschaften und die Öffentlichkeitsarbeit lagen in einer Hand. Das erleichterte z.B. die Informationspolitik bei der Bildung der „Großen Koalition“, wobei Herbert Wehner sowohl die Funktionäre der Partei als auch die Journalisten informierte.

1960 auf dem Parteitag in Hannover gab Herbert Wehner einen Arbeitsbericht Organisation. Es ging um den kommenden Wahlkampf. Zitat: „Das eigentliche Organisationsproblem ..ist, die Mitglieder der Partei und alle örtlichen Organisationen der Partei in den Stand zu setzen und anzuregen, sozialdemokratische Öffentlichkeitsarbeit in breitem Maße zu leisten“ - und weiter: Mitgliederwerbung dürfe nicht zum Selbstzweck werden.

„Entscheidend ist, dass und wie das Interesse jedes Mitglieds geweckt werden kann und wie die in jedem Mitglied ruhenden Fähigkeiten lebendig und sinnvoll zur Geltung gebracht werden können. Es kommt nicht etwa darauf an, von jedem Mitglied die Erfüllung eines bestimmten „Solls“ an Versammlungsbesuchen oder routinemäßigen Aktivitäten zu verlangen oder zu erwarten (...) Wichtig ist, jedem Mitglied die Gewissheit zu verschaffen, dass es in unserer Partei gerade wegen seiner Eigenarten, wegen seiner persönlichen Beziehungen im Wohnbereich oder im Berufsleben, in der Vereins- oder in der sonstigen gesellschaftlichen Tätigkeit geschätzt und gebraucht wird.“

Ab 1966 war die SPD an der Regierung beteiligt, und das erforderte ein Umdenken in der Informationsarbeit. Es gab keine PCs oder virtuellen Ortsvereine, sondern Faltblätter, Broschüren mit Informationen über die Politik der Regierung. Um die Basis möglichst schnell argumentationsfähig zu machen, wurde im EOH oft auch nachts gearbeitet. Der „Sopade-Rednerdienst“, „Tatsachen-Argumente“ die „bonner depeche“ waren die Medien. – die sozialdemokratische Öffentlichkeitsarbeit.

Ein Medium, das Herbert Wehner als Forum für Diskussionen auch über Organisationspolitik nutzte, war „Die Neue Gesellschaft“, heute NG/FH. Er war der Chefredakteur, schrieb oft selbst und veröffentlichte Diskussionsbeiträge zur Organisationspolitik. So z.B. im September 1975, als die Partei den „Orientierungsrahmen für die Jahre 1975-1985“ diskutierte und auf dem Mannheimer Parteitag beschloß. 1000 Anträge lagen dazu vor. Herbert Wehner wies in der NG auf die Kernsätze hin:

„Die Entwicklung einer politischen Strategie ist von der Vertrauensarbeit der Partei abhängig. Wer politische Ziele festlegen will, muß wissen, wie die Dinge sind und was die Menschen wollen.“

Er schreibt: Das sind Kernsätze. Sie werden unterstrichen durch die Erfahrungssätze, dass **„Ziele weder idealistisch-abstrakt noch in einer von den Menschen losgelösten normativ-autoritären Weise festgelegt werden“** können. **„Ebenso wenig kann die Zielsetzung der Partei jedoch aus einer unverarbeiteten Addition spontaner Basisforderungen gewonnen werden.“** Deshalb: **„In den erforderlichen vielfältigen Vermittlungs- und Diskussionsprozessen auf allen Ebenen der Parteiorganisation liegt die wichtigste und zugleich die schwierigste Funktion, die von der Partei zu erfüllen ist.“**

Es gab eine Reihe von Ortsvereinskonferenzen mit dem Vorsitzenden (Willy Brandt), es wurden daraufhin Handbücher zur Parteiarbeit entwickelt und herausgegeben.

Dieser Satz von Herbert Wehner könnte heute aktuell sein: **„Es ist das organisatorische Problem, zu ergründen, was die Menschen bewegt, dass und wie ihre Fragen von uns beantwortet werden, und so Politik umzusetzen in Debatte, Diskussion und in millionenfache Vertrauensbeweise bei Abstimmungen und Wahlen (...) Das setzt voraus, dass Sozialdemokraten keiner Frage ausweichen, sondern erklären, warum es so ist, wie es sich darstellt und wie Schritt auf Schritt vorangegangen werden kann und muss.“**

„Die ‚Geschlossenheit der Partei im Auftreten nach außen‘ – wie sie in diesen drei Sätzen des Abschnitts ‚Die Vertrauensarbeit der Partei‘ begründet und gefordert wird – lässt sich weder kommandieren noch schaustellerisch herbeiführen. Sie erfordert die Einsicht der Mehrheit der Sozialdemokraten in die tatsächliche Lage, die Kräfteverhältnisse und die politischen Bewegungsmöglichkeiten (...) Vertrauensarbeit heißt auch, die Menschen mit Tatsachen vertraut zu machen, die sie bisher verzerrt oder nicht mehr in ihrem Bewusstsein hatten (...) Vertrauen erwerben bedeutet auch, Zusammenhänge deutlich zu machen und an ihnen zu zeigen, wer politisch zuverlässig geblieben ist (...)

Kommunikation und Politik

In der NG 11/79 erschienen ein Artikel gemeinsam mit Olaf Sund zum Thema Kommunikation und Politik und weitere 11 Artikel von Genossen aus unterschiedlichen Funktionen dazu. Darin wird kritisiert, dass der Orientierungsrahmen 85 wohl nur als Diskussionsperiode behandelt worden sei und nicht als Grundlage und Orientierung für weitere Entwicklungen. Dem wollten beide – besonders zum Stichwort „Vertrauensarbeit der Partei“ wieder einen neuen Impuls geben. Beide befürchteten, dass die SPD Gefahr laufe, ein wichtiges Kapital – nämlich ihre Leistungen in der Regierung – zu verschenken: *„Aber vielleicht lohnt es sich doch, anstelle einer mühselig seminaristischen Debatte über Vertrauensarbeit, Vertrauensarbeit einfach zu praktizieren, und zwar nach Grundsätzen, die im Kern niemand bestreitet.“*

Weiter geht es um Entscheidungen und wie sie herbeigeführt werden. *„In Teilen der SPD haben sich Diskussionskreise, Freundeskreise und ähnliche mehr oder weniger verfestigte Zirkel gebildet, in denen es um Sach-, in erster Linie aber um Personalfragen geht. Hier fallen dann häufig Entscheidungen. Diese Verlagerung ist nachteilig für die Partei, weil dadurch die von der Satzung für die jeweiligen Fragen vorgesehenen Entscheidungsgremien in ihrer Substanz ausgehöhlt werden (...) Verheerend ist zudem die Wirkung auf die Öffentlichkeit. Ihr drängt sich nämlich der Eindruck auf, als nehme sich die Partei nicht ihrer Probleme an, sondern sie sei lediglich eine Schiene, auf der Postenambitionen verwirklicht werden.“*

Zur ‚Arbeit nach außen‘ schrieben Sund und Wehner: *„Es muss wieder mehr Sozialdemokraten geben, die – fachlich wohl informiert und aufgeschlossen gegenüber dem, was die Mitbürger bewegt – mit ihnen diskutieren, sich ihnen einsichtig machen und sich ihrer als Verbündete vergewissern können. Kinder- und Straßenfeste – so gut sie auch immer sein mögen – ersetzen keine Glaubwürdigkeit. Sozialdemokraten müssen durch die Vorbildlichkeit ihrer Haltung überzeugen. Sie müssen Ansprechpartner sein, sich um den einzelnen kümmern!“*

Weiter werden die Funktionäre ermahnt, keine falschen Fronten aufzubauen. *„Die Linie der Auseinandersetzung hat vorrangig zwischen den Sozialdemokraten und ihren politischen Gegnern zu verlaufen und nicht zwischen der Partei auf der einen und ihren Regierungsmitgliedern auf der anderen Seite oder gar zwischen verschiedenen Gruppen innerhalb der Partei.“*

Zur aktuellen Politik – damals sozialliberal: *„Kompromisse zu schließen, heißt nicht, Grundsätze preiszugeben (...) Viele Sozialdemokraten wären gut beraten, mehr als bisher Erfolge sozialdemokratischer Politik hervorzuheben, anstatt immer nur auf das abzustellen, was noch nicht verwirklicht werden konnte.“*

„Bürgernähe heißt nicht Kleinkariertheit (...) Um Sympathie und Vertrauen zu gewinnen, ist es immer wieder erforderlich, den Menschen die Bedeutung einzelner Schritte – seien sie auch klein – für den Gesamtrahmen klar zu machen, in dem sie zu sehen sind.“

Und zum Schluß: *„Politische Inhalte sind wichtiger als organisatorische Schritte“.*

1979 diskutierten Parteirat, Parteivorstand und Kontrollkommission über zwei Anträge von den organisationspolitisch wichtigsten und am besten strukturierten Bezirken, Franken und

Niederrhein um die Konsequenzen daraus. Eine Neuorientierung in der Basisarbeit und mehr Bürgernähe vor Ort wurden gefordert. Wer kann und sollte das leisten? Natürlich in erster Linie der Ortsverein.

Auf den Ortsverein kommt es an

Bereits 1966 hatte es in Bad Godesberg eine Organisationspolitische Konferenz zur „Rolle des Ortsvereins heute“ unter Leitung von Herbert Wehner gegeben. Eingeladen waren Haupt- und Ehrenamtliche, die getrennt nach Stadtstaaten- und Großstadtorganisationen und ländlichen Organisationen diskutierten. Die Vorschläge zur Verbesserung der Organisationsarbeit hören sich selbstverständlich an, waren damals aber neu, so z.B. für die Stadtorganisation einen Jahresplan aufzustellen, um monatliche Themen- und Referentenabende zu veranstalten, Forumsdiskussionen, Frage- und Antwortabende (Fraktion), Sprechstunden der Abgeordneten, Arbeitskreise für Kontakte zu Verbänden, Kirchen, Innungen, Bürgervereinen (Gewerkschaften war noch selbstverständlich). Neu und ungewohnt waren auch Infostände, und es wurde hervorgehoben, dass man zu den Bürgern gehen müsse (mit Kandidaten) und nicht warten dürfe, bis sie zur Partei kommen.

Neu war z.B. den neuen Mitgliedern die Bücher und Infos persönlich zu überreichen, Hausbesuche auch zwischen den Wahlkämpfen in regelmäßigen Abständen usw.

„Unsere Mandatsträger, auch die kommunalen Vertreter, sollten sich immer wieder um Betriebsbesuche und Gespräche mit Betriebsräten besonders über Verkehrs- und Wohnungsprobleme auch zwischen den Wahlen bemühen und dafür zur Verfügung stellen.“

„Es sollte nicht so sein, dass ein Mitglied, das Vorsitzender eines Sportvereins ist, nur als Mitglied unserer Partei betrachtet wird. Vielmehr sollte er als Funktionär anerkannt werden, der eine bestimmte und besondere Aufgabe erfüllt.“

Die Mitarbeit in Bürgervereinen wurde kontrovers diskutiert. Dazu die Empfehlung, in andere Organisationen und gesellschaftliche Gruppen hineinzuwirken. „Man kann das auch immer wieder steuern und dabei Genossen in verantwortliche Funktionen bringen und dort absichern.“

Bei der ländlichen Arbeitsgruppe wurde besonders erwähnt, dass der oder die Ortsvereinsvorsitzende eine Persönlichkeit sein solle, mit deren Hilfe der Ortsverein „in alle gesellschaftlichen Gruppen hineinwirken soll“. Kleinere Ortsvereine sollten gemeinsame Veranstaltungen mit benachbarten Ortsvereinen zu politischen Themen durchführen sowie Bürgerversammlungen und Gespräche mit Bürgern zu konkreten lokalen Themen.

Hausbesuche anstelle von Hauskassierungen würden wieder Vertrauen schaffen.

Wie ein roter Faden ziehen sich die Forderungen nach Gesprächen mit den Bürgern, nach Beteiligungsmöglichkeiten und Öffnung der Partei durch die Diskussionen und Papiere. Unter Hinweis auf die oben genannte Ortsvereine-Konferenz schrieb Herbert Wehner 1981 im Mitgliedermagazin einen wegweisenden Artikel, der noch lange nachwirken sollte „Auf die Ortsvereine kommt es an“. In monatelanger Vorarbeit waren Ortsvereine befragt, analysiert und Lösungsvorschläge diskutiert worden. Es war eine gemeinsame Anstrengung der Kommissionsmitglieder für Organisationspolitik und der MitarbeiterInnen im EOH.

„Die Mitgliederpartei SPD bedarf der politischen Aktivität der Ortsvereine, und das Schwergewicht der lebens- und entwicklungsnotwendigen politischen Schritte der SPD ist abhängig a) von der Teilnahme der Ortsvereine an der Willensbildung der Sozialdemokraten, b) von der ständigen Begleitung der parlamentarischen Bemühungen der SPD in den Gemeinden, den Bundesländern und im Bundesparlament.“

„Am wichtigsten ist es, das parteiinterne Leben zu aktivieren und so attraktiv wie möglich zu gestalten, dass die Mitglieder eine politische Heimat finden. Es kommt darauf an, das Wir-Gefühl zu stärken, denn Zusammenhalt und Solidarität machen stark – auch wenn einem zeitweilig der politische Wind ins Gesicht bläst.“

Neue Freizeitgewohnheiten, veränderte Arbeitsplatzorganisationen, neue Kommunikationsgewohnheiten waren für die Parteiarbeit zu berücksichtigen. Die „Ideenbörse“ war installiert, in der erstmals Ortsvereine gelungene Erfahrungen weitergeben konnten. Diese wurden im Mitgliedermagazin veröffentlicht. Konkrete Vorschläge für die praktische Arbeit vor Ort finden sich darin, vor allem: „(...) darf die Partei nicht warten, bis die Bürger zu ihr kommen; sie muss auf die Bürger zugehen (...) Hilfestellung für die Bürger!“

Konsequenzen dieses Artikels waren dann die Ausstellung „Lebendiger Ortsverein“ und der Wettbewerb zur besten Organisationsarbeit auf dem Parteitag 1982 in München unter Leitung von Hans-Jochen Vogel.

Einen erheblichen Platz nahmen in dem Artikel auch die Arbeitsgemeinschaften ein. Die Partei drohte zu zerfleddern. Dazu Herbert Wehner: *„Wir dürfen die Diskussion wichtiger Themen nicht nur auf die Ebene ‚zuständiger‘ Arbeitsgemeinschaften beschränken. Die Arbeitsgemeinschaften sind eine Art von ‚Fühlern‘, die der Gesamtpartei Kenntnisse vermitteln und die jeweils notwendigen Anregungen möglich machen.“*

Schließlich: *„Die SPD darf – wenn sie ihrer Geschichte und ihrer Bedeutung im Volk entsprechen will – weder die Grundlagen und Grundpfeiler der Parteiorganisation noch die Fühler und Verbindungsorgane in den Volksschichten und ihren Organisationsbereichen vernachlässigen.“*

Betriebsgruppen – AfA

Neben der Stärkung der Ortsvereine legte Herbert Wehner außerdem großen Wert auf die Verankerung der Partei in den Betrieben. Die Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen (AfA) unterstützte er von Anfang an besonders; die Betriebsgruppen hatten die Aufgabe, die Arbeitnehmer direkt dort anzusprechen, wo sie ihre meiste Zeit verbrachten. Mancher Ortsverein im Ruhrgebiet wurde von den Betriebsgruppen massiv unterstützt. Sie machten Wahlkampfveranstaltungen des Bundeskanzlers zu mächtigen Demonstrationen für die SPD. Durch die Veränderung der Arbeitswelt und der Mitgliederstruktur verlagerten sich die Betriebsgruppen immer mehr in Dienststellen des öffentlichen Dienstes.

1982 fasste das Präsidium deshalb einen Beschluss mit dem Titel: Betriebsarbeit in der Parteiarbeit. „Die Ortsvereine bleiben Mittelpunkt und Kern sozialdemokratischer Parteiarbeit. Aber die SPD kann nicht nur ‚Feierabend-Partei‘ sein. Für die politisch aktiven sozialdemokratischen Arbeitnehmer beginnt die Vertrauensarbeit schon mit der Frühschicht.“ Information der Arbeitnehmer, politische Bildungsarbeit, Beteiligung der Arbeitnehmer an der politischen Willensbildung in Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften waren die Aufgaben. Dafür sollten Sozialdemokraten, die das leisteten, „besseren Zugang zu politischen Entscheidungskörpern und zur Mandatausübung“ erhalten.

Die Parteisekretäre

Mit wem hat Herbert Wehner die Umsetzung all dieser Vorschläge praktiziert? Wer waren seine Unterstützer?

In erster Linie die Parteisekretäre – wie man damals die Geschäftsführer der Partei nannte. Parteisekretäre waren politische Organisatoren, d.h. sie machten Personalentwicklung und motivierten die Ehrenamtlichen, sich für die SPD zu engagieren. Sie waren das Scharnier zwischen Regierenden, Mandatsträgern und Ehrenamtlichen. Dazu wurden sie von Herbert Wehner immer gesondert informiert, ernst genommen und akzeptiert. Das persönliche Verhältnis – und wenn es nur eine Geburtstagskarte oder ein Weihnachtsgruß von der Familie Wehner waren – motivierten die Parteisekretäre sehr. Wehner hatte aber auch so seine Fühler in die Partei.

Die Organisationspolitische Kommission bestand überwiegend aus Hauptamtlichen, Landes- und Bezirksgeschäftsführern. Die Sitzung der Leitenden war quasi etwas Offizielles mit

Bundesgeschäftsführer und manchmal Vorsitzendem. Tacheles über den Zustand der Partei wurde in der Organisationspolitischen Kommission gesprochen. Hier konnten die Geschäftsführer ihre Sorgen aus der Praxis offen ansprechen. Herbert Wehner hörte zu und diskutierte darüber, wenn es keine Lappalien waren. Aber die Geschäftsführer waren nicht nur Verwalter oder Projektmanager. Es ging auch schon mal heftig zu. Wichtig war aber, dass die Geschäftsführer ernst genommen wurden von der Parteiführung.

Dem dienten auch die Seminare, zu denen vier- bis fünfmal im Jahr Ausgewählte nach Bergneustadt geschickt wurden. Später fanden Seminare z.B. zur Auseinandersetzung mit der SED oder zur Wirtschaftspolitik statt. Höhepunkt der Seminare war immer der Bericht von Herbert Wehner zur politischen Lage. Nachher wusste man eben Bescheid, warum die Politik der SPD so gelaufen war und so ist und nicht anders. Er nahm sich Zeit und blieb oft abends noch in gemütlicher Runde. Bildungsarbeit war bei Herbert Wehner Befähigung zum politischen Arbeiten.

Die Konfliktsituation zwischen Haupt- und Ehrenamtlichen spielte auch damals schon eine Rolle. Herbert Wehner warnte davor im Berufsbild für Geschäftsführer 1974:

„Er muss Versuchungen widerstehen, sich an die Stelle der gewählten Vorstände manövrieren zu wollen oder zu lassen.“ Die Arbeitsbedingungen sind überall anders, aber eines gilt überall: **„Das Berufsbild des Geschäftsführers in der SPD bedarf des Hintergrunds der Menschen, denen er anvertraut ist und denen er sich anvertraut. Sie sind aufeinander angewiesen in heiteren wie in schweren Tagen, bei schönem wie bei schlechtem Wetter.“**

Wichtige Voraussetzungen für alle Hauptamtlichen sind

- Verankerung in der Bevölkerung
- Kenntnis der Region
- Beherrschung von Organisationstechniken
- Fähigkeit, vermitteln zu können
- Beharrlichkeit in der Arbeit
- Und privat ein fester Rückhalt.

Zusammenfassung

Politik organisieren heißt

- Sie den Funktionsträgern nachvollziehbar zu machen, so dass Identifikation möglich ist,
- Politik für alle verständlich rüberzubringen
- Politische Entscheidungsprozesse auch in die Bevölkerung zu tragen und damit
- **Beteiligung zu organisieren** (lt. GG, Art. 21 und Parteiengesetz).

Dazu Herbert Wehner 1975 in der NG 9/75:

„Die deutsche Politik bedarf auf lange Sicht der sich ihrer Vertrauenswürdigkeit bewussten und dieses Vertrauen nicht enttäuschenden SPD. Was organisatorisch zu tun möglich ist, um die Vertrauensarbeit als aktive und organisierte Orientierungshilfe für die Mitbürgerinnen und Mitbürger wirkungsvoll zu entfalten, lohnt jede Mühe der verantwortlichen Vertrauensleute.“